

Pressemitteilung des Integrationsrates der Stadt Hagen anlässlich des dritten Jahrestags des rassistischen Anschlages in Hanau

- Wertschätzung der Herkunftsidentität als probates Mittel gegen Ideen von Ungleichwertigkeit -

17.02.2023- Am 19. Februar 2020 wurden Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin von einem Rechtsextremisten in Hanau erschossen. Die Angehörigen der Mordopfer fordern heute noch die Unklarheiten und Widersprüche hinsichtlich der Arbeit der Ermittlungsbehörden in Hanau aufzuklären.

Landesintegrationsratsvorsitzender Tayfun Keltek: „Rechtsextremisten und Rassisten gehen von der Ungleichwertigkeit der Menschen aus. Sie stellen zudem eine große Gefahr für Menschenleben und den demokratischen Staat dar. Sie lehnen unsere vielfältige Einwanderungsgesellschaft als Gegenmodell zu ihrem homogenen völkischen Staat ab und bekämpfen sie mit allen Mitteln.“

Erneut fordert der Landesintegrationsrat NRW konsequente Maßnahmen auf allen Ebenen und in allen Institutionen, um rassistischen Strukturen und menschenverachtenden Denkweisen zu begegnen.

Tayfun Keltek: „Wir können nur erfolgreich gegen Rassismus und Rechtsextremismus sein, wenn Menschen mit internationaler Familiengeschichte mit ihrer Herkunftsidentität voll und ganz in unserer Gesellschaft akzeptiert werden. Dazu gehört auch, ihre mitgebrachten Potenziale wertzuschätzen und für die Gesellschaft zu nutzen. Es gilt vor allem: Erzählungen und Ideen von Ungleichwertigkeit nicht länger zu reproduzieren!“

Laut Recherchen der Amadeu Antonio Stiftung sind seit 1990 mindestens 219 Menschen Todesopfer rechter Gewalt geworden.¹ Für diese Todesopfer soll ein zentrales Mahnmal eingerichtet werden, fordert der Landesintegrationsrat NRW.

In der rechtlichen Gleichstellung der Menschen mit internationaler Familiengeschichte sowie Schaffung von Chancengerechtigkeit liegt die Chance, Rassismus nachhaltig und präventiv zu einem Randphänomen zu machen. Dafür ist die interkulturelle Öffnung aller gesellschaftlichen Institutionen notwendig. Das gilt ganz besonders für Sicherheitsbehörden, die mit dem Schutz der Bevölkerung und der Aufklärung von Verbrechen beauftragt sind. Diese sind angehalten, sich mit eigenen, verdeckten rassistischen Konzepten und Mechanismen auseinanderzusetzen und diese zu beseitigen.

1 Quelle: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/todesopfer-rechter-gewalt/?_yearly=2020 (Abruf am 15.02.2023)